

Stadtparlament

Wortprotokoll

20. Sitzung der Legislatur 2019 - 2023 der Legislatur 2015-2019

Dienstag, 18. Januar 2022, 19:00 Uhr, Seeparksaal

Vorsitz:	Ulrich Nägeli, Parlamentspräsident
Entschuldigt:	Linda Heller, SP/Grüne Silke Sutter Heer, FDP/XMV Riquet Heller, FDP/XMV, ab 19.20 Uhr Heine Heidi, SP/Grüne, ab 19.30 Uhr
Anwesend Stadtparlament:	26/28
Anwesend Stadtrat:	Dominik Diezi Stadtrat Dieter Feuerle Luzi Schmid Jörg Zimmermann
Abwesend Stadtrat:	Michael Hohermuth
Protokoll:	Nadja Holenstein, Parlamentssekretärin

Traktanden

- 20/1. Mitteilungen
Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro
- 20/2. Interpellation Vergabe von Aufträgen der Öffentlichen Hand - Auswahl und Gewichtung der Kriterien von Lukas Auer, Heidi Heine, beide SP/Grüne, Peter Künzi, FDP/XMV, Ruedi Daepf, SVP, und Esther Straub, CVP/EVP
Beantwortung
- 20/3. Interpellation Benchmarking von Cyrill Stadler, FDP/XMV
Beantwortung
- 20/4. Interpellation Mit dem Velo sicher und komfortabel durch Arbon von Linda Heller und Cornelia Wetzfel, beide SP/Grüne, Aurelio Petti, Die Mitte/EVP
Beantwortung
- 20/5. Ergänzungswahl in Wahlbüro
Rücktritt Bruna Gaelli und Islam Sadiki, beide SP
- 20/6. Fragerunde

Präsident Ulrich Nägeli, SVP: Geschätzte Parlamentarierinnen und Parlamentarier, geschätzte Stadträte und geschätzter Stadtpräsident, geschätzte Medienschaffende und natürlich geschätztes Publikum, willkommen an der 1. Sitzung des Jahres 2022 und insgesamt der 20. Sitzung dieser Legislaturperiode. Ich hoffe, Sie alle hatten erholsame Feiertage und konnten sich ein wenig mit Familie und Freunden erholen. Ich erinnere Sie daran, dass weiterhin die Einschränkungen des BAG gelten und mache Sie darauf aufmerksam, dass gemäss den Erläuterungen der COVID-19-Verordnung Besondere Lage die Maskenpflicht für Innenräume gilt, in denen Parlamente oder Gemeindeversammlungen tagen, sofern diese Innenräume auch für das Publikum zugänglich sind. Ich bitte Sie daher, die Masken zu tragen. Während Wortmeldungen dürfen die Masken vor dem Mikrofon abgezogen werden.

Als amtierender Parlamentspräsident erlaube ich mir, ein paar Worte an Sie zu richten. Berichtserstattungen über Arbon beschäftigen sich oft mit unseren hohen Sozialkosten, mit Niedergang oder Wegzug von Firmen, ungenutzten Industriebrachen oder fehlenden Baubewilligungen. Positiv erwähnt werden wir mit unseren kulturellen Anlässen wie zum Beispiel Sommer-Days oder Historisches Museum. Darum eine Frage an Sie, geschätzte Anwesende: Haben Sie die SRF-Fernsehausstrahlung vor einer Woche im Regionaljournal zum Thema Problematik Hochhäuser gesehen? Die ausgezeichnete sachliche Fernsehreportage, durchgeführt von Frau Livia Bättig, beschäftigte sich mit der Frage über Höchhäuser im Bodenseegebiet und deren Auswirkungen.

Es war natürlich keine Überraschung, dass sich zwei Gruppierungen gegenüberstehen. Ich orte mich an dieser Stelle als ein Befürworter dieser ressourcensparenden, zukunftsweisenden Bauweise. Aber diese Pro- und Contra-Diskussionen werden wir in diesem Jahr noch zur Genüge führen. Ich will eigentlich etwas Anderes ansprechen. Vielleicht ist es Ihnen auch aufgefallen, die Reportage hatte noch eine zweite, eine etwas verdeckte Botschaft. In der Reportage spricht man plötzlich über eine Arboner Stadtentwicklung, über eine Urbanisierung, über einen neu entstehenden Stadtteil, über Zuwachs von neuen, solventen Bürgern, die auch Steuern bezahlen. Eine Stadt, über deren Niedergang früher viel diskutiert, geschrieben und gesendet wurde, entfaltet sich und beginnt, eine neue Geschichte zu schreiben. Ich meine, so eine Reportage ist doch schon fast ein Ritterschlag für Arbon. Zeigt sich doch, dass sich die Wahrnehmung über das Städtli ändert, sich zum Positiven bewegt. Wir können ruhig ein wenig selbstbewusst und stolz sein als Arboner. Für mich ist es eine Motivation. Arbeiten und gestalten wir weiterhin gemeinsam mit möglichst breitem Konsens an unserer zukünftigen Stadtentwicklung in der Einheitsgemeinde Arbon – Frasnacht – Stachen. Danke für Ihre Aufmerksamkeit. Die Sitzung ist somit eröffnet.

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt der Parlamentspräsident fest, dass zu Beginn der Sitzung 26 Mitglieder des Stadtparlaments anwesend sind. Die Beschlussfähigkeit ist somit gegeben. Das absolute Mehr beträgt 14.

Sie haben die Traktandenliste rechtzeitig erhalten. Gibt es Wortmeldungen zur Traktandenliste? – Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

1. Mitteilungen

Sie haben für die heutige Sitzung folgende Unterlagen erhalten:

Mit Versand vom 21. Dezember 2021:

- Interpellation «Vergabe von Aufträgen der öffentlichen Hand, Auswahl und Gewichtung der Kriterien» von Lukas Auer, Heidi Heine, beide SP/Grüne, Peter Künzi, FDP/XMV, Rudolf Daepf, SVP und Esther Straub, Die Mitte/EVP, die Beantwortung

- Interpellation «Mit dem Velo sicher und komfortabel durch Arbon» von Linda Heller und Cornelia Wetzel Togni, beide SP/Grüne, Aurelio Petti, Die Mitte/EVP, die Beantwortung

Mit Versand vom 30. November 2021:

- Interpellation Benchmarking von Cyrill Stadler, FD= /XMV, die Beantwortung

Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro:

Das Protokoll der 19. Parlamentssitzung dieser Legislatur ist genehmigt und im Internet aufgeschaltet.

An der heutigen Sitzung ist folgender parlamentarischer Vorstoss eingegangen:

- Interpellation «Ein Jugendtraum für Arbon» von Linda Heller und Daniel Bachofen, beide SP/Grüne. Diese geht nun in Zirkulation.

2. Interpellation Vergabe von Aufträgen der öffentlichen Hand – Auswahl und Gewichtung der Kriterien von Lukas Auer, Heidi Heine, beide SP/Grüne, Peter Künzi, FDP/XMV, Rudolf Daepf, SVP und Esther Straub, Die Mitte/EVP Beantwortung

Präsident Ulrich Nägeli, SVP: Die Interpellation Vergabe von Aufträgen der öffentlichen Hand – Auswahl und Gewichtung der Kriterien von Lukas Auer, Heidi Heine, beide SP/Grüne, Peter Künzi, FDP/XMV, Rudolf Daepf, SVP und Esther Straub, Die Mitte/EVP wurde am 29. Juni 2021 eingereicht. Gemäss Art. 46 Abs. 4 des Geschäftsreglements erklärt der Interpellant in einer kurzen Stellungnahme, ob er mit der Antwort befriedigt ist. Eine allgemeine Diskussion findet nur statt, wenn sie auf Antrag eines Parlamentsmitglieds beschlossen wird.

Lukas Auer, SP/Grüne: Wir bedanken uns für die Beantwortung der Interpellation. Es hat Freude gemacht, die Antworten zu lesen, denn diese Beantwortung ist nicht, wie wir schon mehrmals lesen konnten, von der Abteilung Bau «hierzu haben wir keine Liste, hierzu haben wir keine Angaben, das ist Sache des Kantons» usw. Wer aber die Fragen und die Antworten genau studiert hat, was wir auch gemacht haben, versteht, dass wir nicht mit allen Antworten zufrieden sind. Darum stellen wir den Antrag auf Diskussion.

Abstimmung

Der Antrag auf Diskussion wird mit 19 Ja gegen 6 Nein angenommen.

Lukas Auer, SP/Grüne: Besten Dank für die Zustimmung, auch wenn sie nicht einstimmig war. Wir als Interpellanten und Interpellantinnen haben alles genau studiert, hinterfragt, uns ausgetauscht und haben noch diverse Ergänzungen zu verschiedenen Themen.

Ich habe mit Fabio Telatin am 25. Februar 2020 eine einfache Anfrage «Öffentliche Ausschreibung und Vergabe» im Parlament eingereicht. Bei der Beantwortung damals antwortete der Stadtrat auf die Frage 3 «Wie steht der Stadtrat zum Informationssystem Allianz Bau (ISAB)?»: «Das Informationssystem ISAB ist erst seit ca. einem Jahr in Betrieb. Die Abteilung Bau und Umwelt wird sich in den nächsten Monaten beim Kanton erkundigen, wie sich dieses System seither bewährt hat.» Hier eine kurze Zwischenfrage, ich wäre froh, wenn der Stadtrat sich nachher dazu äussern wird: Wurde das gemacht? Wurde aktiv auf den Kanton zugegangen und was kam heraus? Bei Frage und Antwort 4, wie der Stadtrat Gebrauch mache vom Informationssystem Allianz Bau bei der zukünftigen Vergabe von Aufträgen, kam eine ganz verwirrende Antwort. «Zurzeit besteht kein Handlungsbedarf seitens der Stadt. Mit der vorhandenen Vorgabe über das öffentliche Vergabewesen und der ständigen Liste sind genügend Regelungen vorhanden. Viele kleine Aufträge, welche sich unter dem Schwellenwert für eine öffentliche Ausschreibung befinden, werden auf der Grundlage der städtischen Geschäftsordnung direkt von den jeweiligen Abteilungen der bekannten Unternehmen geregelt.» Knapp zwei Jahre später

schreibt der Stadtrat bei der Beantwortung zu einem ähnlichen Thema kein Wort zu ISAB, sondern macht einen Vermerk auf die ständige Liste des Kantons und ein paar Prozentzahlen, wo Spielraum ist. Ich bin in der paritätischen Baukommission Thurgau und wir kontrollieren Baufirmen, die im Kanton Thurgau ihren Sitz haben. Es gibt Betriebe, die massive Verletzungen des LMV haben. Der LMV ist der GAV für die Bauarbeiter, Eisenleger usw. Trotzdem sind diese Firmen auf der ständigen Liste des Kantons. Wie geht das? Ich erkläre es Ihnen kurz, denn es ist wichtig, um das Ganze zu verstehen. Es braucht ein Formular Nr. 7, das man beim Kanton beziehen kann. Man füllt es als Firma selbstständig aus. Selbstständig, nicht der Kanton oder die Kommission. Selbstdeklaration, dass man diesen GAV, beim Bau den LMV, einhält und kriegt dann das Ok für die ständige Liste. Wird eine GAV-Bescheinigung für Bauten gebraucht – ich kann es sagen, es gibt Firmen, die deklarieren es, dass sie GAV-konform arbeiten –, dann findet die paritätische Kontrolle statt. Die paritätische Kommission ist wirklich paritätisch zusammengesetzt. Firmen wie Tschanen, Stutz etc. sind die Arbeitgeberseite, die Gewerkschaft UNIA und SYNA sind die Arbeitnehmerseite. Man macht Lohnbuchkontrolle usw. Gibt es zum Beispiel bei einer Firma massive Verletzungen, da spricht man nicht einfach von CHF 2 Lohn, den man nicht auszahlt, sondern da geht es über die Tausende Franken, Arbeitszeit nicht eingehalten usw., darf die paritätische Kommission das dem Kanton Thurgau nicht melden und sagen: «He, ihr habt eine Firma auf der Liste, die massive Verletzungen hat.» Die Firma ist nicht mal verpflichtet, wenn die paritätische Kommission sagt: «10 Mitarbeiter haben Lohn zugute», der paritätischen Kommission Rechenschaft abzulegen und zu sagen: «Wir haben das bezahlt.» Das heisst im Groben und Ganzen gesagt, wir haben Firmen, die auf dieser ständigen Liste sind, auf die die Stadt Arbon sich stützt, die arbeitsrechtliche Verfehlungen haben. Der Kanton Thurgau Abteilung Bau hat auf meine Anfrage vom 14. Dezember an Carmen Haag zur Umsetzung ISAB Folgendes geantwortet: «Die mit ISAB verfolgten Ziele vereinfachter GAV-Vollzug, Schaffen von transparentem und fairem Wettbewerb werden begrüsst. Gerne macht die Fachstelle Öffentliches Beschaffungswesen die Gemeinden bei nächster Gelegenheit auf ISAB aufmerksam.» Hier nochmals eine Zwischenfrage: Gab es diese Info schon?

Warum ist ISAB Zukunft? Viele hier drin sind irgendwie beteiligt oder Eigentümer einer Firma, die einem GAV unterstellt ist. Wir haben Malerbetriebe, wir haben jemanden aus der Geschäftsleitung eines Holzunternehmens, wir haben zwei, drei Personen, die dem MEM unterstellt sind usw. Bei einer Kontrolle auf einer Baustelle oder bei einem Malerbetrieb, der gerade an unserem Stadthaus arbeitet, könnte der Kontrolleur oder die Kontrolleurin bei einer Arbeitsinspektorkontrolle das ISAB ganz leicht prüfen. Das ist wie die Prüfung eines COVID-Zertifikats. Der Kontrolleur oder zum Beispiel ich kann als Kontrolleur zu diesem Maler auf die Baustelle gehen und könnte diese kreditkartengrosse Karte scannen. Dann zeigt es mir folgende Informationen an: Wer sollte vor mir stehen? Wie heisst diese Person? Wie alt ist sie? Wo arbeitet diese Person? Dann kann ich weiter unten schauen, was diese Firma für Verfehlungen hatte. Ich möchte noch betonen, wir haben Firmen im Kanton, die 1a sind. Wir haben aber auch Firmen im Kanton Thurgau, die nicht 1a sind, nicht einmal 2b oder yb, sondern die sind einfach schlecht, wirklich schlecht. Und unten zeigt es uns genau an, was alles falsch ist oder was man bei einer Kontrolle alles gefunden hat. Es zeigt transparent und man kann die Schwarzarbeiter, die es leider immer noch gibt, und da kann ich aus eigener Erfahrung sprechen, wir erwischen jeden Monat auf der Baustelle hier im Thurgau Schwarzarbeiter. Da meine ich nicht die Hautfarbe, sondern ich meine Personen, die nicht gemeldet sind. Personen, die unter der Hand bezahlt werden. Und dann bin ich ein bisschen erstaunt, dass gerade die bürgerliche Fraktion FDP das nicht unterstützt hat, dass man genau solche Firmen aus dem Verkehr zieht. Es gibt Firmen, die alles richtig machen, die bezahlen alles, Personalkosten, offerieren richtig usw. Dann gibt es Firmen, die das nicht einhalten. Da frage ich mich ein bisschen. Es gibt aber auch Firmen hier in der Stadt Arbon, die in letzter Zeit von der Stadt Arbon Aufträge bekommen haben, die massive Verfehlungen haben. Da frage ich mich dann schon ein bisschen. Wie geht das? Ich in der paritätischen Kommission darf der Stadt nicht sagen: „He, diese Firma hat keine Löhne bezahlt.“ Hier wäre es gut, wenn die Stadt auf dieses ISAB zurückgreifen könnte. Dann kann man das genau herausfiltern. Ich bitte die Stadt, hier aktiver zu werden und einen fairen Wettbewerb und für ehrliche Betriebe hier klare Zeichen zu setzen. Diesen Betrieben wollen wir Aufträge vergeben und den Firmen, die das nicht sauber machen, wollen wir keine Aufträge vergeben. Es gibt

Firmen, die automatisch bei einer Offerte die GAV-Bescheinigung beilegen. Ich darf sagen, es gibt ein grosses Zugbauunternehmen, welches das macht, denn dieses haben wir geprüft. Dieses prüfen wir regelmässig. Da kann man sagen, es gibt praktisch null Verfehlungen. Damit kann er sich auch stolz zeigen. „He, ich habe einen Sozialpartner, ich habe keine Verfehlungen.“ Da soll man nicht einfach sagen, dem geben wir den Auftrag nicht, sondern das soll man gewichten. Man soll sagen, der zahlt seine Leute korrekt, der rechnet die Stunden sauber ab. Das könnte die Stadt Arbon auch machen. Ich hoffe, ihr kauft jetzt keinen Zug, sondern bei Vergaben an Firmen, die ISAB unterstellt sind. Das ist nicht nur der Bau. Man hat Malerbetriebe, Dachdecker, Holzbau, Schreiner, alle sind diesem ISAB unterstellt. Die Stadt Arbon hat Spielraum. Das hat sie, das hat sie auch beantwortet. Man kann einfach sagen, man möchte diese Transparenz, man möchte, dass das ISAB ein Bestandteil der Kriterien für die Vergabe im Bau sind. Ich bin überzeugt, das schadet niemandem. Denn wer ehrlich eine Firma führt, hat nichts zu verstecken. Und nicht einfach: Er ist der Günstigste und dann ist er einfach toll und bekommt den Auftrag. Das geht doch nicht. Ich bitte den Stadtrat, sich das zu Herzen zu nehmen. Ich bitte den Stadtrat, aktiv auf den Kanton zuzugehen und sich, wenn nicht schon passiert, aktiv über ISAB zu informieren. Denn das wird kommen. Sind wir doch eine der ersten Städte, die das einfach erwähnen und bei zwei oder drei Prozent der gesamten Vergabesumme darauf ein Gewicht legen. Denn wir wollen faire und gute Arbeitsbedingungen, wir wollen korrekte Firmen, die sauber abrechnen. Und ich denke, das sind wir auch den Unternehmen schuldig, die das Tag für Tag machen.

Peter Künzi, FDP//XMV: Vorab eine Bemerkung: Ich spreche hier als Mitinterpellant und ausdrücklich nicht im Namen meiner Fraktion FDP/XMV.

Zunächst einmal möchte ich mich für die äusserst detaillierte und vor allem auch weitestgehend befriedigende Beantwortung der vorliegenden Interpellation «Vergabe von Aufträgen der öffentlichen Hand» ganz besonders beim Stadtrat bedanken. Denn die Beantwortung hat zumindest bei mir persönlich, aber wahrscheinlich auch bei einigen Kolleginnen und Kollegen ganz gehörig Licht ins Dunkel des öffentlichen Beschaffungswesens gebracht. Denn nun ist eindeutig und klar, wo zu vergebende Aufträge der interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen IVöB unterliegen und wo eben noch Handlungsspielraum besteht. Dementsprechend kann ich mich auch relativ kurzfassen. Zwei Punkte möchte ich jedoch besonders erwähnt wissen:

1. In der Beantwortung der Frage 2 wird in Aussicht gestellt, dass ab dem Jahr 2021 die Statistiken mit Aufschlüsselung der Vergaben in den Jahresbericht einfließen werden. Dies ist ganz besonders zu begrüssen, weil, wie wir ja alle wissen, der Jahresbericht im Parlament behandelt wird, dann können bei Bedarf auch entsprechende Fragen gestellt werden. Ergo ein wichtiger Schritt für die Förderung der Transparenz im Beschaffungswesen der Stadt Arbon.
2. In der Beantwortung der Frage 5 wird betont – ich habe es eingangs bereits erwähnt –, dass bei Aufträgen, welche gemäss IVöB im freihändigen Verfahren vergeben werden können, durchaus Handlungsspielraum besteht. Hier möchte ich den Stadtrat dazu ermuntern, diesen Spielraum auch aktiv auszunutzen und den Arboner Dienstleistungsbetrieben einen gewissen Bonus zu gewähren. Sicher nicht nach dem Motto «Koste es, was es wolle, Hauptsache Arbon» und sicher auch unter der Einhaltung – Lukas Auer hat es soeben erwähnt – von arbeitsrechtlichen Vorgaben und Verträgen, sondern in einem moderaten, nach aussen hin jederzeit vertretbaren Rahmen. Wieso? Es sind Arboner Dienstleister und Gewerbler, welche hier in Arbon Steuern bezahlen und Arbeitsplätze schaffen, Mitarbeiter einstellen, welche dann ebenfalls zu einem grösseren Teil wiederum hier in Arbon Steuern bezahlen. Diese Tatsache rechtfertigt in meinen Augen eine gewisse Bevorzugung von Arboner Betrieben bei der Vergabe von Aufträgen im freihändigen Verfahren. Ich habe eingangs versprochen, mich kurzzufassen. Das war's.

Rudolf Daepf, SVP: Eigentlich muss ich gar nichts mehr sagen, mein Vorredner hat mir alle Voten schon genommen. Aber mein Votum ist kurz und unterstreicht es nochmals. Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antworten auf diese Interpellation. Es ist lobenswert, dass

die Aufschlüsselung der Vergaben ab dem Jahr 2021 in Form von Statistiken in den Jahresbericht einfließen. In den Antworten bezieht sich der Stadtrat auf Vergaben gemäss IVöB ab CHF 100'000. Werden die Vergaben gemäss freihändigem Verfahren zukünftig auch im Jahresbericht erwähnt? Wir bitten hier um Präzisierung. Wir sind der Meinung, dass öffentliche Aufträge – wo immer möglich – an junges, lokales Gewerbe in Arbon vergeben werden sollten, sofern der Rahmen von Qualität, Preis und Termin eingehalten wird. Der vom Stadtrat angetönte Spielraum muss unbedingt ausgenutzt werden. Ein starkes Gewerbe bringt auch Arbeitsplätze und Steuerertrag für die Stadt. Nur schon die Diskussion, um örtliche Unternehmen zu berücksichtigen, strahlt Vorbildfunktion aus.

Arturo Testa, Die Mitte/EVP: Die Fraktion Die Mitte/EVP bedankt sich beim Stadtrat für die sehr ausführliche Antwort. Ich möchte mich auch bei meinen Vorrednern bedanken, denn sie haben auch schon sehr wichtige Punkte hier aufgegriffen und dementsprechend an den Stadtrat adressiert. Zu zwei Punkten haben wir aber noch Fragen oder Anregungen.

Laut der Beantwortung auf Seite 2 vor der Tabelle wurde im Jahr 2020 für rund CHF 419'000 vergeben. Diese Zahl möchten wir gern erklärt haben, da sie uns doch etwas gering erscheint. Nur schon die Sanierung der Waagstrasse, die in diesem Jahr erfolgte, schlägt fast mit dem doppelten Betrag zu Buche. Hierzu bitte ich den Stadtrat, das vielleicht noch ein bisschen zu erklären, wie diese Zahl überhaupt zustande gekommen ist.

Der zweite Punkt in der Beantwortung, den wir etwas genauer erklärt haben wollen, betrifft Seite 3 Punkt 3, zweiter Absatz. Es geht hier um die Berücksichtigung von Firmen, die zum Allgemeinwohl Lehrlinge ausbilden. Der Stadtrat äussert sich hierzu, dass dies explizit nicht zulässig ist. Nach der Durchsicht der IVöB habe ich unter Art. 11 Allgemeine Grundsätze eine Aufzählung von Kriterien, die bei Firmen beachtet werden müssen, gefunden. Ja, hier wird die Lehrlingsausbildung nicht aufgezählt. Doch ich habe nach der kompletten Durchsicht keinen Hinweis gefunden, der die Aufnahme von zusätzlichen Kriterien untersagt, sofern diese einheitlich und für alle Vergaben mitberücksichtigt werden. Hierzu bitte ich den Stadtrat, dies nochmals zu prüfen und allenfalls im Kanton zu platzieren, da dieses IVöB ja ein stetiger Prozess ist und die Kantone eine gewisse Mitsprache haben. Denn in meiner vorherigen Firma im Fensterbau war es im Kanton St. Gallen zum Beispiel auch bei Gemeinde- und Kantonsvergaben üblich, dass die Lehrlinge mitberücksichtigt wurden.

Cyrrill Stadler, FDP/XMV: Wir haben die Antwort des Stadtrats auf die Anfrage zur Kenntnis genommen und bedanken uns ganz herzlich für die ausführliche und detaillierte Antwort. Wir möchten es auch nicht unterlassen, Lukas als Gewerkschafter im Einsatz für seine zusätzlichen Erläuterungen und sein gewerkschaftliches Wissen zu danken. Wir sind allerdings als Fraktion der Überzeugung, dass wir im Stadtparlament dazu Sorge tragen müssen, dass wir uns mehrheitlich auf lokale Themen fixieren. Klar, bei dieser Anfrage könnte man jetzt anfügen, dass es sehr arbonisiert wurde und man sehr auf die Verhältnisse in Arbon eingegangen ist. Bei anderen Interpellationen und Anfragen ist bei uns ein Copy&Paste-Rezykliergedanke durch den Kopf gegangen. Das finden wir für unsere Arbeit als Stadtparlament verzögernd und nicht nur eben für das Parlament, sondern jede Anfrage, jede Interpellation, jede Motion generiert auch in der Verwaltung Arbeit. Die Antworten, die wir vom Stadtrat erhalten, sind in der Regel ausführlich und gut dokumentiert. Wir möchten uns in unserer Fraktion darauf beschränken, dass wir Anfragen und Interpellationen stellen, die wirklich auf das Lokale abzielen. Rezyklierte, kopierte Anfragen möchten wir eher vermeiden. Aus diesem Grund haben wir auch heute keine Diskussion zum Thema gewünscht. Uns ist auch aufgefallen, die Antwort des Stadtrats hat sich sehr detailliert mit der Anfrage beschäftigt und auf die Rückfragen, die jetzt kamen, wurden aus einer alten Anfrage wieder aufgewärmte Punkte noch hinzugefügt. Ich bedanke mich für Ihre Zeit.

Stadtrat Dieter Feuerle, Grüne: Ja, die Zahl von CHF 0.419 Mio. auf der Seite 2 der Antwort scheint sehr klein. Dies ist eine Zusammenfassung aller Arbeitsvergaben im Jahr 2020, welche den Schwellenwert überstiegen haben. Erst ab dem festgesetzten Schwellenwert gemäss der

Tabelle auch auf Seite 2 ein bisschen weiter unten kommt das Gesetz über das öffentliche Beschaffungswesen zum Zug. Wenn Sie bei der zweiten Tabelle unten rechts schauen, dann sieht man, im Bauhauptgewerbe muss das öffentliche Beschaffungswesen erst ab einem Betrag von CHF 300'000 beachtet werden. Bei kleineren Aufträgen, welche gestützt auf die Grundlagen der stadträtlichen Geschäftsordnung vergeben werden können, werden, wenn immer möglich, Arboner Unternehmen berücksichtigt oder Unternehmen aus der engeren Region. Ein gutes Preis-Leistungs-Verhältnis ist jedoch auch zentral. Ich möchte in Erinnerung rufen, dass es manchmal auch Arboner Betriebe gibt, die einfach überlastet sind und dann gibt man beispielsweise den Auftrag einer Firma, die in Steinach oder in Roggwil ansässig ist. Auch dort arbeiten Arboner Bürgerinnen und Bürger, die dann bei uns Steuern bezahlen.

Zusätzlich machen wir Gebrauch von der sogenannten ständigen Liste. Lukas Auer hat darauf auch schon hingewiesen. Diese Liste ist auf der kantonalen Homepage beim Departement Bau und Umwelt einsehbar. Auf der ständigen Liste sind qualifizierte Firmen aufgeführt, welche die Vorgaben der paritätischen Berufskommission einhalten müssen. Für die Durchsetzung der Gesamtarbeitsverträge ist der Kanton Thurgau zuständig, namentlich das Arbeitsinspektorat beim Amt für Wirtschaft und Arbeit. Die müssen schauen, dass wirklich nur saubere Firmen auf dieser ständigen Liste sind.

Wie sich das ISAB-Informationssystem Allianz Bau genau etabliert hat in den letzten paar Monaten oder anderthalb Jahren, kann ich nicht gerade so beantworten. Jedenfalls verlassen wir uns nach wie vor auf die ständige Liste des Kantons. Wir werden das aber selbstverständlich wieder anschauen. 2022 treten sowieso neue Bestimmungen bei der interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen in Kraft. In Zukunft gibt es noch etwas mehr Handlungsspielraum bei den öffentlichen Vergaben. Wir werden die Aufnahme der Vergabekriterien Lehrlinge oder auch Nachhaltigkeit überprüfen.

Nun noch etwas zum Jahresbericht, den wir gern mit einer Statistik ausstatten wollen. Da müssen wir uns noch festlegen, ab welchem Betrag die Auftragsvergaben in diese Statistik einfließen sollen. Sie verstehen, dass wir nicht jeden Kugelschreiber nachkalkulieren können, denn wir müssten wahrscheinlich eine Person anstellen, um diese Statistik bewerkstelligen zu können. Aber ich verspreche Ihnen, wir werden uns damit auseinandersetzen und der Jahresbericht ist gerade in Bearbeitung. Und ich verspreche Ihnen auch, wir nutzen wirklich unseren Handlungsspielraum bei den Arbeitsvergaben an das lokale Gewerbe. Die sind uns meistens oder sogar immer bekannt und es sind in aller Regel sehr gute Firmen. Klar kann es auch mal etwas geben, das in die Hose geht, aber in aller Regel machen die eine hervorragende Arbeit. Irgendwie ist das auch eine Kontrolle und da geht es auch um Vertrauen.

Präsident Ulrich Nägeli, SVP: Ich stelle fest, dass diese Interpellation mit Diskussion als beantwortet gilt.

Bevor wir zum nächsten Traktandum kommen, möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, dass Heidi Heine, SP/Grüne sowie Riquet Heller, FDP/XMV jetzt auch eingetroffen sind. Somit sind jetzt 28 Parlamentarierinnen und Parlamentarier anwesend, das absolute Mehr beträgt 15.

3. Interpellation Benchmarking von Cyrill Stadler, FDP/XMV Beantwortung

Präsident Ulrich Nägeli, SVP: Die Interpellation Benchmarking von Cyrill Stadler, FDP/XMV wurde am 28. September 2021 eingereicht. Gemäss Art. 46 Abs. 4 des Geschäftsreglements erklärt der Interpellant in einer kurzen Stellungnahme, ob er mit der Antwort befriedigt ist. Eine allgemeine Diskussion findet nur statt, wenn sie auf Antrag eines Parlamentsmitglieds beschlossen wird.

Cyrill Stadler, FDP/XMV: Ich bedanke mich ganz herzlich beim Stadtrat für die Beantwortung. Sie trifft es auf den Kopf – mit einer ganz kleinen Ausnahme, und das ist der Zeitplan. Die Einführung dieses Benchmarkings benötigt sehr wenige Personaltage im eigenen Stadtverwaltungssektor und bringt am Schluss für alle Beteiligten sehr viele neue Erkenntnisse. Ich bin erstaunt, dass man das erst auf 2022 oder sogar 2023/2024 einführen will. Das könnte schneller und einfacher gemacht werden. Ansonsten ist meine Anfrage zweifelsohne zufriedenstellend beantwortet. Der Stadtrat kommt zum selben Schluss wie die Anfrage. In diesem Sinn bin ich total zufrieden mit Ausnahme des Zeitplans. Ich stelle den Antrag auf Diskussion, damit wir diesen Zeitplan gleich noch diskutieren können, je nachdem, ob das im Parlament gewünscht wird oder nicht.

Abstimmung

Der Antrag auf Diskussion wird einstimmig angenommen.

Cyrill Stadler, FDP/XMV: Den wesentlichen Punkt meines jetzt folgenden Votums habe ich schon vorweggenommen. Die Gemeinden, die bei diesem Programm mitmachen, profitieren am Schluss von zusätzlichen Auswertungen und können besser entscheiden, wo sie stehen. Sie können aufgrund dieser Einteilung in diesem Benchmarking-System herauslesen, wo sie Schwächen, Stärken haben, wo sie sich verbessern müssten und wo noch Aufholpotenzial da ist. Je mehr Gemeinden bei solchen Programmen mitmachen, desto aussagekräftiger werden diese Vergleiche, desto mehr Daten sind verfügbar und desto aussagekräftiger wird es nicht nur für die einzelnen Gemeinden, sondern auch für das gesamte Gemeindewesen in der Schweiz. Klar, im Kanton Thurgau machen noch keine Gemeinden aktiv bei Public Finance mit. Je schneller aber eine Gemeinde mit doch 15'000 Einwohnern wie Arbon eben mit im Boot ist, desto schneller werden auch andere Gemeinden nachziehen und für die einzelnen Kommissionen in diesen Gemeinden wertvolle Daten ins gemeinsame System einpflegen. Wenn wir jetzt hingehen und sagen, ja gut, wir machen das dann mal irgendwo 2023 oder 2024, lassen wir wertvolle Zeit verstreichen. Der Aufwand für uns als Stadt Arbon mit wenigen Personentagen, um diese Daten erstmalig einzupflegen, ist vertretbar, die jährlichen Kosten von rund CHF 6'000, die das System kostet, ebenfalls. In diesem Sinn bitte ich den Stadtrat, diesen Zeitplan von einer verzögerten Einführung 2023 nochmals zu überdenken und gegebenenfalls bereits mit dem Jahresabschlussdaten 2021 an diesem System teilzuhaben, die Daten einzufüttern und wertvolle Erkenntnisse mit nach Hause zu nehmen und auch in die Kommissionen einzupflegen. Ich bedanke mich bestens.

Aurelio Petti, Die Mitte/EVP: Auch wir bedanken uns für die Diskussion. Die Fraktion Die Mitte/EVP dankt insbesondere Cyrill Stadler für die Interpellation. 19 Parlamentarier und Parlamentarierinnen finden das Anliegen wichtig und befürworten grundsätzlich die Einführung eines Benchmarking-Tools für Arbon. Der Nutzen eines Vergleichs mit anderen Gemeinden ist zweifelsfrei, wie wir schon gehört haben, gegeben. In unserer Fraktion gab einzig zu diskutieren, dass noch keine einzige Gemeinde im Kanton Thurgau dieses Tool nutzt. Es ist jedoch erfreulich, dass der Stadtrat, wie wir gehört haben, einen Pilotversuch in seiner Antwort in Aussicht stellt oder machen wird. Die Kosten von CHF 6'000 sind unserer Meinung nach überschaubar und vertretbar. Ideal und wünschenswert, da sind wir gleicher Meinung wie Cyrill Stadler, wäre eine umgehende oder rasche Einführung dieses Tools. Wieso zuwarten? Die Fraktion Die Mitte/EVP würde insbesondere auch den Stadtrat bitten, aktiv alle Zentrumsgemeinden des Kantons anzugehen und sie für ein Mitmachen zu ermuntern und zu gewinnen. Wir sind überzeugt, dass alle davon gleichermassen profitieren würden. Auch als Mitglied der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission wäre ich dankbar um dieses Tool.

Pascal Ackermann, SVP: Die SVP-Fraktion bedankt sich bei Cyrill Stadler für diese Interpellation und den guten Input. Ebenso bedanken wir uns beim Stadtrat für die gute Beantwortung dieser Interpellation. Wir als SVP-Fraktion begrüßen ebenfalls, dass dieses Thema bei uns angekommen ist. Wir finden, eine solche Einführung könnte sich für die Stadt Arbon sehr lohnen. Aus der Antwort des Stadtrats geht ja hervor, dass auch dieser dem Thema gegenüber offen ist

bzw. eine Einführung befürworten würde. Was aus unserer Sicht jedoch in der Antwort ein bisschen zu häufig vorkommt, ist der Konjunktiv. Da schliesse ich mich meinen Vorrednern an. Zu einer konkreten Umsetzung konnte sich der Stadtrat somit offensichtlich noch nicht überzeugen lassen. Ich denke, es könnte auch ein Thema sein, in welchem Rahmen auch immer das sein wird, dass uns als Parlamentarier diese Daten oder Auswertungen zur Verfügung stehen. Das könnte für unseren Budgetprozess durchaus behilflich sein. Aus diesem Grund bitten wir den Stadtrat ebenfalls darum, eine solche Umsetzung schnellstmöglich in Angriff zu nehmen und nicht weitere Zeit verstreichen zu lassen.

Lukas Graf, SP/Grüne: Im Namen der Fraktion SP/Grüne möchte ich mich ebenfalls beim Stadtrat für die Beantwortung und beim Interpellanten für den Vorstoss bedanken. Es ist in der Tat so, dass speziell in der FGK solche Gemeindevergleiche immer wieder gefordert wurden und halt auch eine gute Basis geben, um Entscheidungen zu treffen, sei es beispielsweise bei Budgetdebatten. Ich denke da auch an die Subkommission Personal, über die ich hier in diesem Parlament vor rund eineinhalb Jahren informiert habe. Es ging bei der Arbeit dieser Subkommission darum, die Personalkosten der Stadt Arbon mit drei bis vier Vergleichsgemeinden im Thurgau zu vergleichen. Dies wollten wir damals anhand von generellen Kennzahlen tun. Das konnten wir machen, beispielsweise Personalkosten pro Einwohner. Diese Daten waren verfügbar. Aber wir wollten ursprünglich eigentlich auch die Leistung respektive die Kosten und das Kosten-Nutzen-Verhältnis einzelner Abteilungen oder einer spezifischen Abteilung vergleichen, und das war so nicht möglich, weil da zu wenig Daten vorhanden waren. Auch mangels Interesse und Mitarbeit dieser Vergleichsgemeinden konnten wir diesen Schritt so nicht vornehmen. Ob nun ein solches Modell genügend Daten geliefert hätte, um einen solchen Vergleich zu vollziehen, da bin ich mir nicht sicher. Aber ich glaube, es hätte auf jeden Fall mehr Daten gegeben. Man muss auch sagen, dass in diesem Fall, wie Cyrill schon erwähnt hat, diese Gemeinden noch nicht Teil dieses Benchmarking-Modells gewesen wären, aber da wäre es ja sinnvoll, als Gemeinde auch einmal voranzugehen. In diesem Sinn unterstützen wir den Vorstoss absolut. Wir meinen, das ist es wert, hier Erfahrungen zu sammeln. Und auch aus unserer Sicht gibt es keinen Grund, da noch zwei Jahre zuzuwarten und das Ganze dann möglichst zu vergessen, sondern da sofort einzusteigen. Vielleicht noch etwas Letztes: Wenn man Vergleiche anstellt und diese auf Basis der Kosten macht, muss das Ziel immer sein, als Gemeinde das beste Kosten-Nutzen-Verhältnis zu haben. Es kann nicht das Ziel sein und darf nicht dazu führen, dass wir überall einfach nur die Günstigsten und die Billigsten mit den tiefsten Kosten sein möchten, sondern man muss eben auch die Leistungen ins Verhältnis zu den Kosten stellen. Und das scheint mir dann elementar, wenn wir solche Vergleiche machen, denn bei den Leistungen habe ich meine Fragezeichen, inwiefern die Leistungen an sich vergleichbar sind und nicht nur die Kosten. Aber wie gesagt, wir unterstützen den Vorstoss voll und ganz.

Riquet Heller, FDP/XMV: Ich möchte mich ebenfalls bedanken für den Vorstoss und auch für die Beantwortung aus dem Stadtrat und teile die Bedenken betreffend Zeitplan. Ich mache Sie aber noch auf einen weiteren Punkt aufmerksam, der für eine sofortige Einführung dieses Benchmarking-Systems spricht. Das sind die Kosten. Es sind CHF 6'000. Ich nehme an, das ist ein Abonnementsvertrag und diese CHF 6'000 beziehen sich aufs Jahr. Die werden jährlich fällig. Und ich nehme an, dass dieser Vertrag jährlich kündbar ist. Wenn wir also sofort starten und feststellen, dass das dürftige Leistungen sind, die da resultieren, können wir jederzeit aussteigen. Dann können Sie mit den Jahren multiplizieren, wo wir dieses Abonnement hatten und Sie sehen die Gesamtkosten. Die werden gering sein. Deshalb sofortige Einführung dieses Systems.

Stadtpräsident Dominik Diezi, Die Mitte: Wie richtig ausgeführt wurde, sind wir uns in der Sache ja einig. Der Stadtrat ist auch entschlossen, das umzusetzen. Also es ist nicht so, dass hier noch irgendwelche Bedenken bestehen. Es geht auch nicht darum, es auf die lange Bank zu schieben, auch das Geld ist nicht das Problem. Die Antwort ist relativ banal. Es ist eine personelle Ressourcenfrage. Bei der Stadt läuft aktuell sehr viel und wir sind bereits bei den jetzigen Projekten dran zu schauen, ob wir gewisse halt anders priorisieren müssen, zurückstellen müssen. Da macht es jetzt keinen Sinn, dem Personal, das jetzt schon am Anschlag ist, nochmal

etwas aufzubürden. Auch wenn es nur um ein paar Arbeitstage geht, muss es richtig betreut werden. Wenn wir noch alle Zentrumsgemeinden angehen sollen, dann erst recht. Ich muss da um Verständnis bitten, dass der Stadtrat hier halt priorisieren muss, und das ist nicht die oberste Priorität. Hinzu kommt, dass die Hoffnung besteht, wenn wir so weit sind, das eben prioritär behandeln zu können, auch noch ein paar Gemeinden mehr dabei sind, denn die interessantesten Quervergleiche wären natürlich schon die im Kanton Thurgau und nicht die mit irgendwelchen Gemeinden, die schon rein rechtlich auf einer völlig anderen Basis unterwegs sind.

Präsident Ulrich Nägeli, SVP: Ich stelle fest, dass diese Interpellation mit Diskussion als beantwortet gilt.

4. Interpellation Mit dem Velo sicher und komfortabel durch Arbon von Linda Heller und Cornelia Wetzel, beide SP/Grüne, Aurelio Petti, Die Mitte/EVP **Beantwortung**

Präsident Ulrich Nägeli, SVP: Die Interpellation Mit dem Velo sicher und komfortabel durch Arbon von Linda Heller und Cornelia Wetzel Togni, beide SP/Grüne und Aurelio Petti, Die Mitte/EVP wurde am 28. September 2021 eingereicht. Gemäss Art. 46 Abs. 4 des Geschäftsreglements erklärt die Interpellantin in einer kurzen Stellungnahme, ob sie mit der Antwort befriedigt ist. Eine allgemeine Diskussion findet nur statt, wenn sie auf Antrag eines Parlamentsmitglieds beschlossen wird.

Cornelia Wetzel Togni, SP/Grüne: Wir, die Interpellanten, danken dem Stadtrat sehr für seine ausführliche und sorgfältige Beantwortung der Interpellation Mit dem Velo sicher und komfortabel durch Arbon. Seine Bestrebungen, aus Arbon eine attraktive Velostadt zu machen, sind erfreulich. Insbesondere danken wir ihm, dass er in seiner Antwort zusätzlich auf das Agglomerationsprogramm 4. Generation betreffend Schnellroute für Fahrradfahrende hinweist. Die Antwort des Stadtrats erwähnt das Konzept Langsamverkehr und er verweist auf die Studie zur NLK betreffend verbesserter Velosituation. Weiter erwähnt er das Betriebs- und Gestaltungskonzept St. Gallerstrasse wie auch das Agglomerationsprogramm. Zweifellos sind die Schritte in die richtige Richtung. Die Studie, die Konzepte und das Agglomerationsprogramm werfen jedoch Fragen auf, die es zu diskutieren gilt. Wir stellen deshalb Antrag auf Diskussion und bitten Sie, unseren Antrag zu unterstützen.

Abstimmung

Der Antrag auf Diskussion wird mit 26 Ja gegen 2 Nein angenommen.

Cornelia Wetzel Togni, SP/Grüne: Besten Dank für die Diskussion. Das Thema Langsamverkehr interessiert, das merkt man unter anderem daran, dass über die Beantwortung dieser Interpellation in der Zeitung geschrieben wurde. Arbons Ziel ist, eine attraktive Velostadt zu werden. Der Bedarf ist erkannt. Ob für die touristische Attraktivität der Stadt oder für den Schulveloweg der Kinder – ein sicheres Velonetz ist unabdingbar. Und es tut sich viel, es werden eine Studie und zwei Konzepte erstellt. Lassen Sie mich zuerst auf die Beantwortung der IP-Fragen eingehen.

Zur Frage 2 teilt der Stadtrat mit, dass er, wo sinnvoll, aufgrund der Platzverhältnisse machbar getrennte Veloführungen auf Strassen einführen wird. Diesen Punkt erachten wir als sehr wichtig und fragen uns, an welchen Stellen der Stadtrat Handlungsbedarf sieht und wann er plant, in die konkrete Umsetzung zu gehen.

Eine weitere Frage betraf verkehrsberuhigende Objekte. Hier nimmt der Stadtrat allgemein zu Schwachstellen Stellung. Uns geht es darüber hinaus um gefährdende Objekte. Wir haben nachträglich erfahren, dass die in der IP abgebildete Verkehrsberuhigung eigentlich eine Querungshilfe für Passanten sein soll. Wenn das eine Querungshilfe für Passanten sein soll, dann

muss dies sowohl für Passanten als auch für Velofahrer klar sein. Derzeit schlängeln sich Velofahrende in teils halsbrecherischen Manövern zwischen den Pfosten durch. Generell kann festgehalten werden, dass Verkehrsobjekte ihre Wirkung verfehlen, wenn Verkehrsteilnehmer deren Zweck nicht kennen. Aus diesem Beispiel sieht man, wie wichtig es ist, dass die Fahrradfahrenden zu Lösungen von Schwachstellen einbezogen werden und wie elementar die Kommunikation über Lösungen ist. Wir bitten den Stadtrat, sich zu überlegen, wie er in der Übergangsphase, also bis zur Umsetzung des Konzepts Langsamverkehr, mit der Bevölkerung im Austausch bleiben könnte. Dies könnte zum Beispiel über die Aufforderung der Bevölkerung, Schwachstellen bzw. Angststellen bekanntzugeben, geschehen.

Der Stadtrat erwähnt, dass einige aufgezeigte Probleme durch die Stadt angegangen werden können und andere noch auf das Konzept Langsamverkehr warten. Wir bitten den Stadtrat, kurzfristig umzusetzen, was immer möglich ist.

Und nun zu den Studien und Konzepten: Es ist erfreulich, dass der Stadtrat die Situation bei der NLK verbessern will. Er erwähnt dazu die Studie zur Verbesserung der Velosituation auf der NLK. Dazu würden wir gern wissen, ob die Studie vorliegt oder bis wann damit zu rechnen ist. Zudem erwähnt der Stadtrat das laufende Betriebs- und Gestaltungskonzept St. Gallerstrasse, in dem die Situation nochmals beleuchtet wird. Hier interessiert uns, wie dereinst die Resultate der Studie NLK, des Konzepts zur St. Gallerstrasse und des Konzepts Langsamverkehr ineinanderfliessen werden.

Zur St. Gallerstrasse wird ein Betriebs- und Gestaltungskonzept erstellt. Wie steht es diesbezüglich eigentlich mit der Romanshorerstrasse?

Beim Konzept Langsamverkehr beschäftigt uns weiter die Frage, nachdem das Konzept innerhalb der laufenden Legislatur erstellt werden wird, in welchem Zeitraum man mit dessen Umsetzung rechnen kann.

Lassen Sie mich noch kurz auf die Veloschnellroute eingehen. Wir unterstützen die Idee der Veloschnellroute. Dieses Projekt hätte vielfachen Nutzen für Arbon und die Agglomeration. Die Regierung könnte ein innovatives Zeichen setzen. Velofahrer könnten vom Auto aufs Velo umsteigen, die vollen Strassen nach St. Gallen würden entlastet werden, was nicht nur ökologisch sinnvoll wäre. Zu beachten wäre aus unserer Sicht, dass möglichst vorhandene Wege genutzt werden könnten und keine zusätzlichen Strassen gebaut werden müssten. Das Agglomerationsprogramm 4. Generation wurde am 15. Dezember 2021 eingereicht. Wir haben erfahren, dass sich Vertreter der Agglomerationsgemeinden bereits treffen. Was uns brennend interessiert: Wie weit fortgeschritten ist die Zusammenarbeit mit den Gemeinden? Ist das Projekt der Linienführung bereits gestartet? Und wie wird Arbon darin vertreten?

Aurelio Petti, Die Mitte/EVP: Wir bedanken uns ebenfalls für die Diskussion herzlich. Ich spreche als Mitinitiant und als Sprecher unserer Fraktion. Ein herzliches Dankeschön an die Initiantin Linda Heller sowie Cornelia Wetzel und die 18 mitunterzeichnenden Kolleginnen und Kollegen, die die Behandlung unserer Interpellation ermöglicht haben. Das Thema ist wichtig und interessiert über alle vier Parteien hinaus. Ganz herzlich bedanken wir uns beim Stadtrat für die sehr ausführliche und konkrete Beantwortung unserer Interpellation. Die Ausführungen von Cornelia Wetzel soeben unterstütze ich in allen Punkten und möchte in meinem Votum auf weitere Aspekte eingehen.

1. Konzept Langsamverkehr für Arbon: Die Erarbeitung eines Konzepts für den Langsamverkehr ist eines der Legislaturziele des Stadtrats, wie wir gelesen haben. Die Notwendigkeit und die Dringlichkeit sowie die aktuellen Schwachstellen wurden vom Stadtrat erkannt. Gern möchte ich anregen, dass bei der Erarbeitung des Konzepts, wie bei anderen Konzepten auch, alle wichtigen Anspruchsgruppen miteinbezogen werden. Erstaunt bin ich, dass die auch vom Stadtrat festgestellten Schwachstellen beim Rosengartenkreisel nicht bei der ursprünglichen Planung hätten vermieden werden können. Die gute Seite ist heute, dass man alle Schwachstellen nun definitiv kennt und beheben

will. Begrüssenswert wäre auch, dass alle Schwachstellen, die in die Kompetenz des Stadtrats fallen, zeitnah behoben werden. Das Rechtsabbiegen bei Rot ist bei den bekannten Kreuzungen ein zentrales Anliegen, weshalb der Stadtrat alles daransetzen sollte, beim Kanton die Dringlichkeit einer Lösung darzustellen. Gelingt es, ein gutes Konzept für den Langsamverkehr in Arbon umzusetzen, ist das ein deutlicher Mehrwert für die Arboner Bevölkerung, für die Gäste sowie für die zahlreichen Pendler von und nach Arbon. Danach kann sich Arbon mit Stolz die Velostadt am Bodensee nennen. Im vorgestellten Tourismuskonzept und in der Nutzungsstrategie Altstadt spielt der Langsamverkehr ebenfalls eine wichtige Rolle. So ist vorgesehen, dass der internationale Seeradweg zusätzlich durch das Saurerwerk 2 und durch die Altstadt geführt werden soll. Das ist eine ausgezeichnete Idee, die zeitnah realisiert werden sollte. Denn das ist ein klarer Mehrwert für die neue Stadtmitte und für die Altstadt und kanalisiert besonders in der Hauptsaison den grossen Strom von Radfahrern und Radfahrerinnen auf dem internationalen Seeradweg und bietet eine zusätzliche Attraktion unserer Stadtmitte und unserer Altstadt.

2. Agglomerationsprogramm St. Gallen – Bodensee 4. Generation: Die Berichterstattung in der Thurgauer Zeitung hat ausserhalb unserer Gemeinde Aufmerksamkeit geweckt. So wurden alle Interpellanten kontaktiert und gefragt, ob Arbon Interesse an einer Erweiterung des Projekts eines Veloschnellwegs von Arbon nach St. Gallen hätte. Wir sind der Meinung, dass ein Veloschnellweg nach St. Gallen ein zunehmendes Bedürfnis nicht nur für Velofreaks ist. Es wäre eine grosse Chance, Pendler von und nach Arbon zum Umsteigen aufs Fahrrad zu motivieren, denn mit einem E-Bike kann die Strecke zum Beispiel von der Postautohaltestelle Romanshorerstrasse nach St. Gallen zum Hauptbahnhof, das sind ca. 15 km, in 35-40 Minuten zurückgelegt werden. So lange benötigt für die gleiche Strecke auch das Postauto. Die Rückfahrt nach Arbon wäre sogar mit dem Fahrrad noch schneller machbar. Jeder Pendler, der aufs Fahrrad umsteigt, macht etwas für das Klima, seine Gesundheit und sein Portmonee. Vielleicht könnte ein höherer Abzug bei den Steuern einen zusätzlichen Anreiz geben, umzusteigen. Es ist erfreulich, dass Arbon dieses Programm aktiv unterstützen möchte. Ich bin überzeugt, dass dank der rasanten Entwicklung bei den E-Bikes ohnehin immer mehr Pendler aufs Velo umsteigen werden. Das erfordert neue und sicherere Velowege und zusätzliche sichere Abstellmöglichkeiten fürs Fahrrad.

Matthias Schawalder, SVP: Auch im Namen der SVP-Fraktion bedanke ich mich für die Beantwortung dieser Interpellation. Auch wir in der SVP-Fraktion sind teils begeisterte Velofahrer. Wir begrüssen deshalb die Absichten der Interpellantinnen und Interpellanten und beachten es als durchaus sinnvoll, wenn auf Stadtgebiet die Rahmenbedingungen für den Langsamverkehr stetig weiterentwickelt werden und dabei auch darauf geachtet wird, eine sichere Umgebung für Velofahrer zu schaffen. Wir schätzen es im Besonderen als sinnvoll ein, wenn auf die Strecken, die über die Sommermonate von den zahlreichen Velotouristen benutzt werden und auf diejenigen Wege, die von Schülerinnen und Schülern als Schulweg verwendet werden, ein besonderer Fokus gelegt wird. Dies betrifft auch die Strassen und Wege in und um die historische Altstadt. Wir nehmen deshalb auch wohlwollend zur Kenntnis, dass der Stadtrat viele der gestellten Fragen bereits in der Vergangenheit einmal abgeklärt hat.

Was wir jedoch nicht nachvollziehen können, ist, dass die Interpellanten im Interpellationstext den motorisierten Individualverkehr einmal mehr als schlecht für die Gesellschaft darstellen. Im Text steht unter anderem geschrieben, „das Velo braucht wenig Platz, es stinkt nicht, es macht keinen Lärm, Velofahren fördert die Gesundheit, ist nahezu klimaneutral und eines der ökologischsten Verkehrsmittel überhaupt“. Übersetzt auf die Autofahrer heisst das, das Auto braucht viel Platz, es stinkt, es macht Lärm, Autofahren schadet der Gesundheit, ist klimaschädlich und ist ein unökologisches Verkehrsmittel überhaupt. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, es sind nicht alle in der komfortablen Lage, dass sie mit dem Fahrrad zur Arbeit fahren oder einkaufen gehen können. Es gibt sehr viele Lebenssituationen, in denen Menschen auf ein Auto angewiesen sind. Der gesamte Güterverkehr, Paketkuriere, Leute, die einen weit entfernten und abgelegenen Arbeitsplatz haben, aber auch Menschen mit eingeschränkter Mobilität dürfen nicht als

Sünder abgestempelt werden, nur weil sie ein Auto brauchen, um ihren Lebensalltag zu bewältigen. Es ist uns bewusst, dass die Fragestellungen an sich keine Schikanen für Automobilfahrer fordern, aber die Wortwahl des Interpellationstextes lässt tief blicken.

Riquet Heller, FDP/XMV: Ich spreche nicht für meine Fraktion, sondern für mich selber. Die Interpellation wurde nach meinem Dafürhalten gut beantwortet, allerdings zu wenig spezifisch und mit zu wenig Druck und mit zu wenig konkreten Projekten, die sofort verwirklicht werden könnten.

Ist Ihnen nicht auch aufgefallen, dass auf die Frage 4 gar nicht geantwortet wird? Da wird gesagt, dass die Verkehrsberuhigungen nicht den Langsamverkehr beruhigen sollten. Verkehrsberuhigungshindernisse müssen wahrscheinlich nicht für Velofahrer aufgestellt werden, damit diese langsamer fahren. Demzufolge verstehe ich nicht, weshalb die Frage 4 nicht klar einfach mit Ja beantwortet wird und weshalb man nicht sofort gedenkt, beispielsweise wie die Abbildung zeigt, gewisse Pfähle aus dem Strassenbereich wegzunehmen, damit der Velofahrer rechts an den entsprechenden Hindernissen ungehindert vorbeifahren kann mit seinen üblichen 20 km/h und nicht mit den zugelassenen 30. Demzufolge finde ich die Sache einfach ein bisschen zurückhaltend.

Was ich generell feststelle bei Interpellationen aus unseren Reihen, dass der Stadtrat Zurückhaltung übt. Ebenso zum Konzept, was man sofort tun könnte. Ich fahre auch Velo, bin Praktiker und ich kenne zum Beispiel den Raum des Saurerhochhauses und weiss, wie man da am schnellsten zum Bahnhof und in die Region Novaseta und Musikzentrum kommt. Das ist nämlich über das Weiherareal. Und dort gibt es sehr schöne Fahrradwege. Nur sind die alle mit der Tafel roter Ring und weisser Punkt in der Mitte gekennzeichnet. Das wäre aber die schnellste Verbindung, nämlich über die Bodmerallee, der Aach entlang und dann nachher ins Saurerwerk-2-Areal über die neuen dortigen Strassen. Das wäre relativ schnell und unkompliziert machbar, ist aber in dieser Interpellation nicht verpackt worden. Ich nehme an, es gibt viele Stadträte, die fahren Rad und kennen diese Schleichwege auch und übertreten vielleicht ab und zu auch einmal das SVG.

Sodann ein dritter, konkreter Punkt, damit wir ein bisschen Fleisch an dieser Interpellation haben. Sie besuchen auch öfters das Musikzentrum, nehme ich an, um dort Konzerte zu besuchen oder aktiv in einem Verein mitzumachen, was ich tue. Ich stelle fest, dass viele dieser Besucher, die für eine oder zwei Stunden dorthin kommen und dann wieder gehen, mit dem Fahrrad kommen. Das ist ja sehr erfreulich, zumal man dann kein Münz in den entsprechenden Automaten einwerfen muss, um dort irgendwelche sportlichen oder musikalischen Betätigungen auszuüben. Allerdings der dort errichtete Veloständer ist etwa 30 Meter vom Eingang entfernt. Warum nicht gleich beim Eingang, dass diese Laufkundschaft, die mit dem Fahrrad kommt, gleich dort absteigen und das Fahrrad versorgen kann? Stattdessen sind in jenem Bereich Dauermietparkplätze eingerichtet für das Personal, das wahrscheinlich einmal kommt und dann mehrere Stunden, wahrscheinlich 6-8 Stunden zu arbeiten hat und dann wieder geht. Weshalb wurde da nicht entsprechend dafür gesorgt, dass die Velofahrer gefördert werden und gleich bei der Tür absteigen und wieder fortfahren können? Desgleichen beispielsweise der Hinterbereich des Coop Novaseta. Dort hat es einfach nichts fürs Fahrrad. Wenn Sie in diesen beiden Bereichen beim Musikzentrum oder hinter dem Coop manchmal ein irregulär abgestelltes Fahrrad sehen, es könnte meines sein.

Stadtpräsident Dominik Diezi, Die Mitte: Der Langsamverkehr und im Speziellen der Fahrradverkehr ist, eigentlich seit wir im Amt sind, ein grosses Thema im Stadtrat. Da, wo es mit relativ verhältnismässigem Aufwand geht und auch wir zuständig sind, also sprich unsere Strassen, weder Kantonsstrasse noch Privatgrundstücke sind, also wo man mit relativ wenig Aufwand viel erreichen kann, haben wir auch schon das eine oder andere umgesetzt. Teilweise wurde es erwähnt, man könnte hier noch anderes erwähnen.

Das Langsamverkehrskonzept, das wir uns vorgenommen haben, haben wir jetzt aufgegleist. Es soll ja dann Aufschluss geben über die Sachen, die vielleicht ein bisschen aufwendiger sind, und da muss man sich natürlich auch keinen Illusionen hingeben. Das wird auch Geld kosten, und zum Teil auch nicht wenig. Eben, hier braucht es jetzt wirklich seriöse Vorarbeiten, um das auch seriös priorisieren zu können. Wenn man nicht unendlich Mittel zur Verfügung hat, kann man nicht einfach loslassen, wo man vielleicht gerade denkt, hier sei es am dringendsten. Da braucht es schon ein bisschen eine Gesamtsicht und nachher auch eine entsprechende Prioritätenliste. Aber wir sind da wirklich dran. Es gibt da ein paar spezielle Herausforderungen. Eines wurde hier angetönt. Als man die NLK gebaut hat, stand das Velo nicht gerade im Vordergrund. Ich meine, wenn man das damals so berücksichtigt hätte, wie man es hätte berücksichtigen müssen, hätte man heute einige Probleme weniger. Es ist jetzt im Nachhinein natürlich relativ schwierig. Das ist dann wirklich Flickarbeit.

Dann eben das Problem Kantonsstrassen. Verschiedene dieser erwähnten Abschnitte sind in Kantonsbesitz. Da können wir nicht einfach machen. Eben diese BGKs macht der Kanton, nicht wir. Wir können uns da natürlich einbringen. Diese Studie im Bereich Webschiffkreisel haben wir gemacht, damit wir da mit dem Kanton eine gute Gesprächsgrundlage haben, aber da sind wir immer Bittsteller. Ich muss da um Verständnis bitten, dass ich hier jetzt nicht verkünden will, was da genau drin ist, denn sonst hätten wir Probleme mit dem Kanton. Das sind laufende Prozesse, wo wir nicht mal schnell ein Zwischenergebnis veröffentlichen können und dann meinen, es laufe nachher gut weiter mit dem Kanton. Also das sind teilweise heikle Abstimmungsprozesse, wo wir hart um Lösungen ringen. Aber wir sind da wirklich an verschiedenen Stellen dran.

Was man auch nicht vergessen darf, Langsamverkehr heisst, es gibt auch Fussgänger. Das ist ja auch ein Thema im Bereich der Masterplanung Seeufer, Entflechtung von Fussgängern und Velofahrern. Da macht es jetzt wahrscheinlich nicht so wirklich Sinn, dass wir hier noch neue Baustellen auf tun, sprich bei unserem Stadtweiher, wo wir jetzt eben eine Trennung zwischen Fussgängern und Velofahrern haben, das noch für Velofahrer zu öffnen. Sonst haben wir da wahrscheinlich bald die gleichen Reklamationen, wie wir sie momentan vom Seeuferbereich haben. Das ist natürlich auch ein Anliegen, dass man es hier, wenn es irgendwie geht, trennt. Das ist ja übrigens auch das Konzept des Seeradwegs. Wer schon so alt ist wie ich, der weiss, dass das früher ganz anders war zwischen Kreuzlingen und Rorschach. Und da hat man das über die Jahre entflechtet. Und ich glaube, es will auch niemand mehr dahin zurück.

Schnellverkehrsrouten – da bin ich ehrlich gesagt überfragt, wie da aktuell genau der Stand ist Richtung St. Gallen. Ich nehme an, dass man da noch nicht allzu weit ist, geschweige denn hier schon irgendwelche Routenvorschläge vorlegen kann. Aber es ist im Aggloprogramm drin. Und dann ist ja auch die Finanzierung irgendwo in Sichtweite. Wie gesagt, das sind auch kostspielige Dinge, das muss ja auch finanziert werden. Da kann man dann schon davon ausgehen, dass das mittelfristig auch realisiert werden kann.

Dann noch der Informationsfluss. Hier ist natürlich die Verkehrskommission ganz wichtig. Ich möchte daran erinnern, dass wir im Unterschied zur Vorgängerregierung jetzt eine Vertretung in der Verkehrskommission haben. Das war ja in der Vergangenheit ein grosses Diskussions-thema. Wir haben jetzt da eine Vertretung drin, das wurde hier unter dem Stichpunkt Befangenheit auch erwähnt. Und dieser Informationsfluss spielt auch, da sind wir ganz konkret schon verschiedenes durchgegangen und haben geschaut, was man kurzfristig mit vernünftigem Aufwand realisieren kann und was halt eben nicht in unserer Kompetenz ist. Teilweise waren da auch Sachen drauf, die gar nicht einmal unser Gemeindegebiet betreffen. Auch das müssen Sie berücksichtigen, es beginnt auch bald einmal die Gemeinde Roggwil um uns herum. Dann wurden noch Privatliegenschaften oder private Einflusssphären angesprochen. Für den Coop-Hinterhof sind wir grundsätzlich wirklich nicht zuständig. Ich kann das bestens nachvollziehen, ich finde das sehr unbefriedigend. Beim Musikzentrum bin ich selber einmal mit unserem Bauchef herumgestiefelt. Ich finde das dort auch keine glückliche Situation. Man hat da das Gespräch gesucht, aber es scheint, dass die Verantwortlichen da mit der Situation recht gut leben können

oder da die Lehrerinnen und Lehrer, die mit dem Auto kommen, auch eine gute Lobby haben. Ich meine, bei diesem Veloständer könnte man sich auch ein bisschen etwas Moderneres und Schöneres vorstellen, aber das ist nun wirklich nicht Sache der Stadt Arbon. Für alles sind wir in dieser Stadt dann doch nicht zuständig. Es gibt auch noch Private, die vielleicht auch mal das tun sollten, was geboten wäre.

Also Sie sehen, das ist eine Grossbaustelle und es wird auch eine bleiben und das wird sie auch noch länger bleiben. Aber der Stadtrat ist hier wirklich dran, seit wir hier im Amt sind. Ich brauche nicht zu erwähnen, dass ich persönlich ja auch nur mit dem Velo unterwegs bin und mich da gern zu den verschiedenen Veloexperten hier im Parlament dazugeselle. So viel zu dieser Thematik.

Präsident Ulrich Nägeli, SVP: Ich stelle fest, dass diese Interpellation mit Diskussion als beantwortet gilt.

5. Ergänzungswahl in das Wahlbüro Rücktritt Bruna Gaelli und Islam Sadiki, beide SP

Präsident Ulrich Nägeli, SVP: Bruna Gaelli und Islam Sadiki haben den Rücktritt aus dem Wahlbüro eingereicht. Es gilt, die Sitze der SP neu zu besetzen. Die SP schlägt dem Stadtparlament vor, Lara Stecher und Kengir Teoman als Nachfolge zu wählen.

Fabio Telatin, SP/Grüne: Gern stelle ich Ihnen die zwei Kandidaten für das Wahlbüro kurz vor. Herr Kengir Teoman, Jahrgang 1978, ist verheiratet, hat drei Kinder im Schulalter. Er arbeitet bei der Firma Calex als Monteur, er ist aktiv bei der Feuerwehr Arbon dabei sowie politisch interessiert. Die zweite Kandidatin ist Lara Stecher, Jahrgang 1998, gelernte FABE Kinderbetreuerin, arbeitet zurzeit als Co-Krippenleiterin in St. Gallen. Sie hat die Berufsmaturität abgeschlossen und wird in nächster Zukunft die Fachhochschule Richtung Soziale Arbeit beginnen. Besten Dank für Ihre Stimme.

Präsident Ulrich Nägeli, SVP: Gibt es Wortmeldungen dazu? – Ich stelle fest, es gibt keine Wortmeldungen. Somit stimmen wir in Globo und offen über die Wahlen ab.

Abstimmung

Lara Stecher und Kengir Teoman werden einstimmig ins Wahlbüro gewählt.

6. Fragerunde

Präsident Ulrich Nägeli, SVP: Gemäss Art. 48 des Geschäftsreglements führt das Parlament am Ende der Sitzung eine Fragerunde durch. Die Fragen werden an der Sitzung mündlich gestellt. Der zuständige Stadtrat beantwortet die Frage in der Regel sofort mündlich und kurz. Eine Diskussion findet nicht statt.

Felix Heller, SP/Grüne: Mit den neuen Richtlinien will der Stadtrat Plakate an Kandelabern verbieten. Damit wird insbesondere politische Werbung stark eingeschränkt. Es fragt sich, ob der Stadtrat hier ein richtiges Signal sendet, wenn wir regelmässig über die tiefe Stimmbeteiligung in unserer Stadt klagen. Ich bitte den Stadtrat deshalb um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie begründet der Stadtrat diesen Entscheid?
2. Wie nimmt er Stellung zum Vorwurf, dass damit weniger Aufmerksamkeit generiert wird und dies der Bestrebung entgegenläuft, die Stimmbeteiligung zu erhöhen?
3. Warum wurde dieses Geschäft, das die politischen Parteien stark betrifft, nicht freiwillig dem Stadtparlament vorgelegt?

Stadtpräsident Dominik Diezi, Die Mitte: Besten Dank für die Fragen. Vorweg möchte ich daran erinnern, dass wir die Parteivertreter zu einer Informationsveranstaltung eingeladen haben, wo wir eben auch solche Fragen besprechen könnten. Das wäre wahrscheinlich auch eher das geeignetere Forum als hier. Aber ich bin natürlich selbstverständlich gern bereit, auch hier etwas dazu zu sagen.

Wir haben gar nichts eingeschränkt. Wir haben eigentlich nur eine grosse Nachführübung durchgeführt und das wieder in Einklang gebracht mit den effektiven Realitäten. Ich beginne vielleicht bei den Kandelabern, wo man am ehesten noch diskutieren kann, ob hier eine Einschränkung vorliegt. Ich möchte einfach daran erinnern, dass wir hier ein kleines Plakatformat vorgeschrieben hatten. Das hat dazu geführt, dass man diese Plakate kaum gesehen hat. Diese Möglichkeit wurde auch kaum genutzt. Nicht sehr erstaunlich. Wie gesagt, das ist wirkungslos und führt sicher nicht zu einer grösseren Aufmerksamkeit, diese kleinen Plakätchen da, die überhaupt zulässig waren. Die Frage hat sich einfach gestellt, entweder verbieten wir das ganz, was wir jetzt getan haben, oder wir lassen wieder ein grösseres Format zu, was aber ein Ausbau gewesen wäre. Da haben wir auch Rücksprache mit Arbon Energie genommen. Da hat sich gezeigt, dass Arbon Energie als Eigentümerin dieser Kandelaber da grösste Bedenken hat. Stichwort Beschädigungen. Dann ist da auch die Verkehrssicherheit. Das ist bei all diesen zulässigen Werbemassnahmen das Gegeninteresse. Es liegen praktisch überall Beeinträchtigungen des Sichtperimeters vor, auch an den Brücken etc. Aber das ist halt in Kauf zu nehmen in dieser Zeit. Im Sinn natürlich der politischen Meinungsäusserung. Aber das ist schon nicht unbedenklich. Und die Kandelaber sind einfach die grössten Einschränkungen, die lenken am meisten ab. Ablenken bedeutet, dass die Verkehrsteilnehmer ihre Aufmerksamkeit nicht mehr da haben, wo sie sie haben sollten, sprich im Verkehrsgeschehen, sondern irgendwo bei einem Kopf.

Dann ist es auch so, dass praktisch mit steter Regelmässigkeit zuerst diverse Plakate falsch aufgehängt werden, sprich zu tief. Es muss dann jeweils in einer grossen Aktion dafür gesorgt werden, dass das alles wieder richtig hängt. Es sind offensichtlich gewisse auch überfordert, was mich selber nicht überrascht. Das ist nicht etwas, was man einfach so kann. Da braucht es dann schon ein bisschen Ausrüstung und ein bisschen ein handwerkliches Geschick, sonst hängt das Zeug halt irgendwie und in der Regel halt eben irgendwie falsch. Also, das haben wir jetzt einfach bereinigt. Das gab es jetzt faktisch nicht und jetzt gibt es das wirklich nicht mehr.

Bei den Geländern hatten wir verschiedene Standorte, die es gar nicht mehr gab, weil es zum Beispiel das Geländer vis-à-vis der UBS gar nicht mehr gibt. Wir haben abgeglichen mit dem Kanton, der halt an verschiedenen Stellen Werbungen an den Geländern nicht zulässt. Dafür haben wir etliche zusätzlich aufgenommen, ich hoffe, das wurde auch bemerkt, um eben genau das zu kompensieren, was nicht zulässig war und teilweise wurde es trotzdem gemacht, aber jetzt ist es legal so. Wir haben auch versucht, es möglichst genau bebildet zu zeigen, dass auch für die Parteien möglichst einfach zu sehen ist, was zulässig ist und was eben nicht zulässig ist. Dann haben wir ja in Arbon, das ist auch nichts Neues, aber das haben verschiedene Gemeinden ja generell auf ihrem Boden verboten, das muss man sich auch vor Augen führen. Das finde ich nicht gut, aber es ist so, verschiedene Gemeinden haben ein generelles Verbot auf ihren Liegenschaften, Geländern etc. Das haben wir nicht, es gibt bei uns auch noch verschiedene Maschendrahtzäune, die in Arbon zur Verfügung stehen.

Was unsere Plakatständer anbelangt, haben wir auch einen Abgleich gemacht mit den Vorgaben des Kantons einerseits. Wir haben auch bei Privaten gefragt, dass das jetzt auch konform sein sollte und keine Probleme bereiten sollte. Beim Verteilschlüssel haben wir den Wähleranteil wie beim Stadtparlament genommen. Wir passen das alle vier Jahre an. Die Begründung ist eigentlich auch klar. Wir wollen vor allem Parteien, die sich auch hier in Arbon kommunal engagieren. Die wollen wir bevorzugen und nicht Parteien, die nur alle vier Jahre in Arbon auftauchen, wenn gerade eidgenössische Wahlen sind.

Summa summarum kommt es überhaupt nicht zu einem Abbau. Tendenziell würde ich sogar sagen, mit Blick auf die Geländer, die neu drin sind, haben wir die Flächen vergrössert. Von da her muss man sich auch keine Sorgen machen, dass damit nun weniger Aufmerksamkeit generiert werden kann oder deswegen die Stimmbeteiligung sinkt. Im Gegenteil. Tendenziell ermöglichen wir sogar mehr als das, was bisher faktisch möglich war oder überhaupt legal war. Wir sprechen jetzt hier nicht von illegalen Massnahmen, die wollen wir ja hoffentlich alle nicht. Darum bestand auch keine Veranlassung, da eine grosse Vernehmlassung durchzuführen, das ist ja ein eher technischer Vorgang. Aber wie gesagt, wir haben diese Veranstaltung, wo die Parteivertreter ja alle eingeladen sind. Da können wir sonst das eine oder andere auch noch diskutieren, das wäre eigentlich geplant gewesen als das eigentliche Diskussionsforum.

Myrta Lehmann, Die Mitte/EVP: Am 19. Juli 2021 erschien vom Departement für Inneres und Volkswirtschaft des Kantons Thurgau der Bericht zur Machbarkeitsstudie Thermische Nutzung Bodensee und Rhein. Meine Fragen:

1. Wie steht der Stadtrat dem Thema der breit abgestützten Energiegewinnung gegenüber?
2. Hat der Stadtrat aufgrund der obgenannten Machbarkeitsstudie bereits weitere Schritte unternommen?
3. Wie sieht oder sähe der zeitliche Rahmen für ein solches Projekt in Arbon aus?

Stadtrat Dieter Feuerle, Grüne: Gerne beantworte ich die Frage 1 folgendermassen: Wie steht der Stadtrat dem Thema der breit abgestützten Energiegewinnung gegenüber? Die erwähnte Studie, die im Oktober 2021 vom Kanton publiziert wurde, zeigt gute Voraussetzungen für einen Seewasserwärmeverbund in Arbon auf. Entsprechend ist der Stadtrat an einer solchen Energiegewinnung, die massgeblich zu einer CO₂-Reduktion beitragen könnte, sehr interessiert.

Hat der Stadtrat aufgrund der oben genannten Machbarkeitsstudie bereits weitere Schritte unternommen? Ja. Der Stadtrat hat umgehend eine für Arbon vertiefte Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben. Diese wird vom Kanton zur Hälfte mitfinanziert. Diese Machbarkeitsstudie soll Grundlagen bereitstellen, um mögliche Investoren bzw. Contractors für einen neuen Wärmeverbund im Gebiet der Altstadt und nördlich der St. Gallerstrasse anzugehen. Südlich der St. Gallerstrasse gibt es bekanntlich bereits einen grossflächigen Wärmeverbund. Im Rahmen der Machbarkeitsstudie werden insbesondere folgende Punkte geprüft: Wärme- und Kältenachfrage inkl. Berücksichtigung künftiger Siedlungsentwicklungsgebiete, Überprüfung und Festlegung des Versorgungssperimeters, Evaluation der Standortmöglichkeiten einer neuen Seewasserzentrale und Vorabklärungen für die Realisierung einer neuen Seewasserleitung, Klärung der Realisierbarkeit eines Energieverbunds und Beurteilung der Systemvarianten. Soll es einen reinen Warmwasserverbund geben oder einen kombinierten Wärme-Kälte-Verbund? Ermitteln der Investitionskosten, Betriebs- und Unterhaltskosten sowie Wärmegestehungskosten.

Wie sieht der zeitliche Rahmen für ein solches Projekt in Arbon aus? Die Arbeiten für die Arbonspezifische Machbarkeitsstudie wurden Ende des letzten Jahres aufgenommen und sollten gemäss Planung im Verlauf des April 2022 abgeschlossen sein. Aufgrund der Erkenntnisse der Studie wird der Stadtrat die nächsten Schritte sowie den zeitlichen Rahmen festlegen können.

Esther Straub, Die Mitte/EVP: Folgende Frage möchte ich an den Stadtrat stellen, der dafür zuständig ist: Beim Alten Rathaus ist der Riegel bei der Wetterseite in einem schlechten Zustand. Zum Teil ist das Holz nicht mehr blau, sondern grau-bräunlich. Auch die Holzläden würden nicht Nein sagen, wenn sie einen neuen Anstrich bekommen würden. Natürlich mit einer Vorbehandlung, damit das Holz nicht graut. Die Stadt Arbon ist im Inventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz aufgeführt. Da müssen wir erst recht bei unserer Altstadt mit ihren Riegelbauten Sorge tragen. Als Teil der Arboner Stadtbefestigung ist das Rathaus 700 Jahre alt. 1994 rückte die Feuerwehr aus, da der Dachstock beim Alten Rathaus brannte. Zum Glück wurde es wieder originalgetreu nachgebaut. Dies ist jetzt 28 Jahre her. Meine Fragen:

1. Wurden die Riegel und die Holzläden beim Alten Rathaus seit dem Brand gepflegt, d. h. behandelt und angestrichen?

2. Wann ist eine neue Sanierung geplant, damit eines der Bijous weiterhin von der Bevölkerung und den Touristen bestaunt werden kann?
3. Gibt es eine Planung, wann Liegenschaften der Stadt Arbon regelmässig begutachtet und saniert werden?

Stadtrat Jörg Zimmermann, XMV: Besten Dank an Esther für diese Fragen. Die Holzläden und diverse Stellen am Riegel wurden im September 2013 durch das Malergeschäft Donati saniert. Die Abteilung Freizeit, Sport, Liegenschaften kennt den allgemeinen Zustand des Gebäudes. Ziel ist es, 2022 einen Architekten zu beauftragen, welcher eine Bestandsaufnahme des Gebäudes durchführt und eine Kostenschätzung für eine mögliche Sanierung der Fassade vorschlägt. Die städtischen Liegenschaften sollen künftig in einem Liegenschaftsportfolio erfasst werden, welches eine Mehrjahresplanung für Sanierungsarbeiten berücksichtigt. Dazu werden externe Partner als Berater beigezogen.

7. Informationen aus dem Stadtrat

Stadtrat Jörg Zimmermann, XMV: Ich habe noch eine kleine Information. Hier geht es um den Kick-off für die Machbarkeitsstudie Sportanlage Stacherholz. Hier ist ja unter anderem auch die gewünschte Tribüne mitenthalten. Dieser Kick-off erfolgt im Februar 2022. Die Ergebnisse daraus wird uns die Firma BHA im Verlauf des Sommers präsentieren können.

Präsident Ulrich Nägeli, SVP: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Interpellation „Ein Jugendtraum für Arbon“ von Linda Heller und Daniel Bachofen, beide SP/Grüne wurde mit 17 Unterschriften an den Stadtrat überwiesen.

Wir sind am Schluss der heutigen Sitzung. Die nächste Sitzung findet mangels Traktanden nicht wie geplant am 22. Februar statt, sondern erst am 22. März 2022 um 19 Uhr.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend und hoffe, wir sehen uns noch für einen Umtrunk im Restaurant Panorama. Kommen Sie gut nach Hause. Die Sitzung ist hiermit beendet. Besten Dank.

Ende der Sitzung um Uhr.

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Der Parlamentspräsident:

Die Parlamentssekretärin:

Ulrich Nägeli

Nadja Holenstein